



Spaltpilz

Friedrich Roeingh
zu den Folgen des Brexit

froeingh@vrm.de

Oh No! – das kann doch nicht wahr sein! Doch, der Albtraum, den wir so ausführlich beschrieben haben und doch wegbangen wollten, er ist wahr geworden. Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Der Ersatz des britischen Pragmatismus durch eine Kurzschlusshandlung der Mehrheit der Zornigen. Mit einem Mal wird uns klar, dass die Konsequenzen aus diesem Volksentscheid keine Drohszenarien sind, sondern bittere Wirklichkeit werden. Die Europäische Union verliert ihren drittstärksten Nettozahler und liberalen Mahner gegen überbordenden Dirigismus. Milliardenwerte verfliegen an den Finanzmärkten, Wachstumsaussichten werden zunichte gemacht. Großbritannien selbst droht gar in die Rezession abzurutschen.

Weit schlimmer als die wirtschaftlichen Folgen dieses demokratischen Aktes der Unvernunft aber sind die politischen. Der 23. Juni wird als Tag der Sezession in die europäische Geschichte eingehen – selbst wenn man ihn noch nicht als unausweichlichen Anfang vom Ende der europäischen Einigung deuten mag. Als Erstes steht Großbritannien selbst vor einer Spaltung. Warum sollten sich die Schotten von einem zweiten Referendum abhalten lassen? In Nordirland ist mit einem Mal sogar wieder Bürgerkrieg denkbar. Der Spaltpilz wird auch andernorts wuchern. In Katalonien wird die Unabhängigkeitsbewegung garantiert erneut aufblühen. Und nachdem die Büchse der Pandora geöffnet ist, werden von jetzt an die Rechtspopulisten in Frankreich, Österreich, Finnland, den Niederlanden und Ungarn für Volksabstimmungen zum EU-Austritt trommeln – und jede nationale Parlamentswahl zum Ersatzvotum dafür umfunktionieren. Ob es wirksame Rezepte gegen diese Entwicklung gibt, ist nicht ausgemacht. Die Beschwörung des europäischen Gedankens, der gemeinsamen Werte, der Friedensgarantie reichen jedenfalls nicht. An die Stelle von Sonntagsreden muss schonungslose Analyse treten, auch wenn diese vielfach ratlos macht. Wieso verfällt ausgerechnet das weltoffene Großbritannien dem Nationalismus? Was ist das für ein Alarmsignal, wenn der Weltbankplatz der Angst vor der Globalisierung erliegt? Wie können die mehrheitlich anti-europäischen Alten den mehrheitlich pro-europäischen Jungen ihre Zukunft verbauen?

Da bricht sich nicht nur Überforderung mit einer immer größer werdenden Komplexität Bahn. Übergroße Teile der Gesellschaft sind wirtschaftlich abgehängt worden oder sehen ihren bescheidenen Wohlstand bedroht. Es gehört zu den Widersprüchlichkeiten dieser Entwicklung, dass die Gerechtigkeitslücke nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur durch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit geschlossen werden kann. Ein zweiter Punkt: Offensichtlich sind nicht nur die Eurokraten in Brüssel den Menschen entrückt. Bankenrettungen mögen unausweichlich und die Beseitigung von Handelshemmnissen notwendig für die Erhaltung von Wohlstand sein. Die Mehrheit der Bürger aber sehnt sich nach Rückgewinnung nationaler Souveränität, nach einer Entschlackung des europäischen Apparates und nach kontrollierter, ja begrenzter Zuwanderung. Wer nach dem Austritt der sperrigen Briten auf eine weiter fortschreitende Integration zum Erhalt der Europäischen Union setzt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Die AfD feiert die Briten

REAKTIONEN Dreyer bedauert Ergebnis

Von Mario Thurnes

MAINZ. Während Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** (SPD) den per Volksentscheid beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der EU „außerordentlich bedauert“, mahnt Oppositionschefin **Julia Klöckner** die EU, ihre Arbeit zu überdenken – AfD-Chef **Uwe Junge** feiert die Entscheidung der Briten sogar.

„Der Austritt des Vereinigten Königreichs wird ein großer Verlust für ganz Europa sein“, teilt Dreyer in einer gemeinsamen Erklärung mit Wirtschaftsminister **Volker Wissing** (FDP) mit. Es gelte nun, das Beste aus der schwierigen Situation zu machen: „Wirtschaft und Bürger brauchen nun vernünftige und klare Regelungen für die zukünftigen Beziehungen der europäischen Staaten und des Vereinigten Königreichs.“

Wirtschaftsminister Wissing spricht von gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes, die sich in ihrem Ausmaß kaum erfassen ließen: „Die Landesregierung wird alles tun, die Wirtschaft bei der Bewältigung möglicher Folgen zu unterstützen.“

Oppositionsführerin **Julia Klöckner** (CDU) teilt diese Befürchtungen, warnt aber, den Briten die Zusammenarbeit nicht zu verwehren: „Sondern die gelebten menschlichen Kontakte müssen eine Brücke sein für die Zukunftsbeziehungen.“ Aus dem Brexit sollten Lehren gezogen werden: „Die EU muss wieder ein Zusammenschluss der Bürger in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt werden und nicht weiter der Detailversessenheit, Überregulierung und Zentralisierung.“

AfD-Chef **Uwe Junge** gratuliert: „Mit ihrem Votum für den Brexit haben sich die Briten für Souveränität und Selbstbestimmung

und gegen den auswuchernden Brüsseler Zentralismus entschieden.“ Selbstbewusste Briten wollten sich nicht länger von Brüssel bevormunden lassen. Junge warnt: „Wenn der Brexit keinen Domino-Effekt auslösen soll, dann muss die Brüsseler Bürokratie ihre Politik der Bevormundung überdenken und zügig neu ausrichten.“

Sondersitzung des Europaausschusses

Die grüne Landesvorsitzende **Katharina Binz** hofft: „Jetzt gilt es den Zusammenhalt der Union mit 27 Mitgliedsstaaten zu bewahren und zu stärken und eine von anti-europäischen Kräften in den Nationalstaaten ausgelöste Kettenreaktion zu verhindern.“ Dafür brauche es nun intensive Beratungen, wie die EU fortentwickelt werden könne „bis hin zu einem demokratischeren, gerechteren und ökologischeren Europa“.

Die Regierungsfractionen von SPD, FDP und Grünen haben eine Sondersitzung des Europa- und Wirtschaftsausschusses im Landtag beantragt.



Die Briten wollen raus aus der EU.

„Nicht weitermachen wie bisher“

STIMMEN Das sagen unsere vier EU-Parlamentarier

Von Frank Schmidt-Wyk

BRÜSEL. Das kann nicht sein! Dieser Gedanke zuckte **Birgit Collin-Langen** am (sehr) frühen Freitagmorgen als erstes durch den Kopf, als sie erfuhr: Der Brexit ist Wirklichkeit geworden. Dabei hatte es doch am Abend zuvor noch eher so ausgesehen, als ob die Befürworter eines britischen Verbleibs in der EU knapp die Oberhand behalten würden!

„Entsetzlich“ findet es die Europaabgeordnete der CDU aus Bingen, wie das Ergebnis zustande kam. Dass eine große Mehrheit der jungen Leute in Großbritannien und eine Mehrheit der Schotten und Nordiren überstimmt wurden. Dass es vorwiegend ältere Menschen und Bewohner ländlicher Gegenden sowie kleiner und mittlerer Städte waren, die eine so weitreichende Entscheidung über die Zukunft des Landes trafen.

„Ein ganz schwarzer Tag für Europa“, resümiert Collin-Langen. Gerade Deutschland verliere mit Großbritannien einen wichtigen Partner innerhalb der EU. Dennoch plädiert sie dafür, das Austrittsverfahren jetzt rasch durchzuziehen. Vehement spricht sie sich dagegen aus, den abtrünnigen Briten ähnliche Sonderrechte zu gewähren, wie sie zwischen der EU und der Schweiz sowie mit Norwegen ausgehandelt wurden: „Solche Rabatte würden nur zur Nachahmung ermuntern.“ Letztendlich

sieht die frühere Binger Oberbürgermeisterin im Brexit auch einen Warnschuss: „Wir müssen Europa vom Kopf auf die Füße stellen. Es ist richtig, dass über die großen Fragen in Brüssel entschieden wird. Aber dieses ganze Klein-Klein können auch die Nationalstaaten machen.“ Eine ernsthafte Destabilisierung Europas durch den Abgang Großbritanniens befürchtet sie nicht – auch wenn sich Populisten in Deutschland, in den Niederlanden und in Frankreich am Freitag sogleich im Aufwind sahen.

Nationalisten überall in Europa auf dem Vormarsch

Collin-Langens Parteikollege **Werner Langen** (Koblenz) warnte ebenfalls vor weiteren Zugeständnissen der EU an Großbritannien und forderte zugleich umfassende Reformen.

„Keine Extrawürste und Vorteile für den Austritt“ – das ist auch die Linie der Sozialdemokratin **Jutta Steinruck** (Ludwigshafen). Überall in Europa seien Nationalisten auf dem Vormarsch, warnt sie: „Einfache Antworten und der Rückzug auf den Nationalstaat sind aber eine Illusion und keine Lösung!“ Genosse **Norbert Neuser** (Boppard) befürchtet keine weiteren Austritte aus der EU, allerdings dürften die Regierungen „nicht weitermachen wie bisher“. Mehr denn je komme es darauf an, die Menschen vom Mehrwert Europas zu überzeugen.

PRESSESTIMMEN

- ▶ **Independent** (Großbritannien): Ob Cameron aus dem Amt scheidet, mit nur einer Union auf dem Gewissen, oder ob seine Dummheit einen Dominoeffekt auslöst, der die ganze EU zu Fall bringt, wird die Zeit zeigen. Vorerst muss er sich mit der Rolle dessen zufrieden geben, der das Königreich, das er so geliebt hat, dass er beinahe weinen musste, wenn er darüber sprach, getötet hat.
- ▶ **The Telegraph** (Großbritannien): Das Referendum hat gezeigt, dass Großbritannien nicht eine, sondern mehrere Nationen ist: Nationen, die einander nicht verstehen und es nicht einmal versuchen wollen. Alt gegen jung. London gegen den Rest. Schottland gegen England. Elite gegen Arbeiter.
- ▶ **Süddeutsche Zeitung**: „Hinter der knappen Entscheidung der Briten steht eine Mentalität. Sie heißt: „Wir gegen die.“ Das ist eine gefährliche wirtschaftspolitische Einstellung.
- ▶ **Zeit Online**: Es ist das Ende des Europas, das wir kennen. Der Beginn einer neuen populistischen Ära. (...) Der Sieg der Brexisten ist ein Sieg der Antipolitik gegen die Elite. Ein Triumph ihrer Lügen über seriöse Berechnungen.
- ▶ **El Mundo** (Spanien): Der Brexit ist ein Akt der Verantwortungslosigkeit. Die Folgen werden 300 Millionen EU-Bürger ausbaden, die nicht abstimmen durften.
- ▶ **Die Presse** (Österreich): Die wirtschaftlichen Folgen werden nicht nur auf der Insel lange zu spüren sein. London ist nur das Epizentrum eines Erdbebens.
- ▶ **Kathimerini** (Griechenland): Die Stärke Europas ist die Einheit. Alles Andere (wie der Brexit) sind Fantasien eines Fieberwahns.
- ▶ **Aftenposten** (Norwegen): Großbritanniens Rückzug ist eindeutig eine Krise vom schlimmsten Kaliber.